



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission
vom: 5. März 2014
zur Vorlage Nr.: [2014-044](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2011/360](#): "Für eine echte Qualitätssicherung in Spitex-Organisationen und Alters- und Pflegeheimen."**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

Betreffend Bericht zum Postulat [2011/360](#): „Für eine echte Qualitätssicherung in Spitex-Organisationen und Alters- und Pflegeheimen.“

Vom 5. März 2014

1. Ausgangslage

Am 15. Dezember 2011 reichte Marie-Theres Beeler das Postulat „Für eine echte Qualitätssicherung in Spitex-Organisationen und Alters- und Pflegeheimen“ (2011/360) ein. Darin fordert sie, dass die Erteilung der Betriebsbewilligung an die Einhaltung von kantonal definierten Qualitätsstandards geknüpft wird, welche periodisch überprüft werden.

Der Regierungsrat verweist in seinem Bericht auf bestehende oder im Entstehen begriffene Qualitätskontrollen. So sind gemäss § 4 des Gesetzes über Betreuung und Pflege im Alter (GeBPA) die Gemeinden für die Qualitätskontrolle ihrer stationären Alters- und Pflegeheime (APH) zuständig und legen die für die Durchführung der Kontrollen zuständige Organisation selber fest. Die Spitex-Organisationen wiederum verpflichten sich mit der (vom Kanton erteilten) Betriebsbewilligung auf die Qualitätsnormen gemäss Qualitätsmanual Spitexverband Schweiz sowie auf die entsprechenden Anforderungen der Krankenversicherer. Die Einflussnahme auf die Qualitätsprozesse durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) ist auch hier beschränkt.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2011/360 als erledigt abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Beratung in der Kommission

2.1 Organisatorisches

Die Vorlage wurde an der Sitzung vom 7. Februar 2014 in Anwesenheit von Regierungsrat Thomas Weber und Generalsekretär Olivier Kungler sowie von Gabriele Marty, Leiterin Abteilung Alter und Gesundheit in der VGD, behandelt.

2.2 Vorstellen der Vorlage

Gabriele Marty machte die VGD mit den Möglichkeiten der Überprüfung und den verschiedenen Formen der Intervention bezüglich Qualität in APH und Spitex vertraut. Die Alters- und Pflegeheime verpflichten sich auf die Richtlinien gemäss [qualivista](#), deren Einhaltung von einer [paritätischen Qualitätskommission](#)¹ überprüft wird. Die Durchführung der Qualitätssicherungs-Prozesse erfolgt durch eine externe Firma. Die VGD nimmt in einem jährlich verschickten Bericht vom Ergebnis Kenntnis, hat aber selbst keinen direkten Zugriff auf den Betrieb. Der Zuständigkeitsbereich der VGD beschränkt sich auf die sanitätspolizeiliche Aufsicht (v.a. Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit) im Rahmen von Audits. Bei diesen Gesprächen anwesend sind in der Regel Heim- und Pflegedienstleitung, von Seiten

¹ Die Mitglieder werden vom Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) und dem Verband gemeinnütziger Basellbieter Alters- und Pflegeheime (BAP) gewählt.

des Kantons eine zuständige Pflegefachkraft und der Kantonsarzt oder die Leiterin der Abteilung Alter und Gesundheit. Die Besuche sind per Ende Februar 2014 abgeschlossen.

Für die Spitex-Organisationen ist ein ähnliches Prozedere ab 2014 vorgesehen. Im Weiteren ist die Einrichtung einer „Ombudsstelle für das Alter“ durch Gemeinden und Leistungserbringer geplant. Indirekten Einfluss auf die Qualitätsprozesse in Spitex-Organisationen sichert sich die Direktion über die Vergabe von Betriebsbewilligungen, die an Normen gemäss dem Qualitätsmanual des Spitexverbandes Schweiz geknüpft sind.

2.3 Beratungen in der Kommission

Insgesamt beurteilen die Kommissionsmitglieder die Einflussmöglichkeiten des Kantons bei den Qualitätsprozessen in APH und Spitex als ungenügend.

Kritisch sehen sie insbesondere die Rolle der Gemeinden, die in dieser Frage mehr oder weniger autonom verfahren. Ein Teil der Kommission erachtet es als problematisch, wenn sich bei einem APH die Gemeinde – über den zu einem grossen Teil mit Gemeinderatsmitgliedern besetzten Stiftungsrat – quasi selbst kontrollieren muss. So habe man es verpasst, den APH die Strukturen zu geben, die angesichts des veränderten Umfelds nötig wären. Die Heime funktionieren heute eher wie Kleinspitäler, die Abläufe sind gegenüber früher wesentlich komplexer geworden. Somit sollte zumindest die Kontrolle von Qualität und Funktionalität der Betriebe beim Kanton liegen. Auch sollte eine regelmässige Überprüfung von Betriebsbewilligungen implementiert sein.

Von Seiten Direktion wurde verdeutlicht, dass der Kanton nicht die Rolle eines Stiftungsrats übernehmen könne, weil damit das gesamte System in Frage gestellt würde. Es ist aber denkbar, dass im Rahmen der Totalrevision des GeBPA betreffend [Governance](#) Vorgaben z.B. bezüglich der Zusammensetzung von Gremien gemacht werden. Es lohne sich auch darüber nachzudenken, inwiefern die Leistungsvereinbarung mit den APH, worüber die Regelung der Qualitätssicherung erfolgt, als Steuerungsinstrument genutzt werden könne.

Kritisch hinterfragt wurden seitens der Kommission auch die als Audit bezeichneten Aufsichtsbesuche. Eine in diesem Rahmen vorgenommene Befragung der Leitung von APH (und von Spitex-Organisationen) wurde von der Mehrheit der Kommission als zu wenig ergiebig erachtet, um ein aussagekräftiges Bild vom Innern eines Betriebs zu erhalten.

Die VGK war unter den gegebenen Umständen nicht bereit, das Postulat 2011/360 als erfüllt abzuschreiben. Dies auch mit dem Hinweis, dass die Revision des Gesetzes über Betreuung und Pflege im Alter, von dem sich mehr Interventionsmöglichkeiten erwünscht werden, noch nicht abgeschlossen ist.

2.4 Eintreten

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig, entgegen dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat [2011/360](#) stehenzulassen.

Birsfelden, 5. März 2014

*Im Namen der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission
Regula Meschberger, Präsidentin*